

Rechtsausschuß
54. Sitzung

29.11.1989
ei-ro

4 Termin- und Arbeitsplan 1. Halbjahr 1990

Der der Einladung beigefügte Termin- und Arbeitsplan wird mit der Maßgabe akzeptiert, daß die Bedarfstermine weggelassen werden.

Rechtsausschuß
54. Sitzung

29.11.1989
ei-ro

Aus der Diskussion

Vorab übermittelt Frau Abg. Robels-Fröhlich (CDU), die auch die heutige Sitzung leitet, den Dank des Ausschußvorsitzenden Abg. Schreiber für die ihm ins Krankenhaus überbrachten Genesungswünsche.

Zu 1: Zukunft der Juristenausbildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/4265

Die stelly. Vorsitzende weist darauf hin, daß entsprechend der im September getroffenen Vereinbarung Stellungnahmen erbeten worden und sehr viele Zuschriften eingegangen seien. Sie schlägt vor, die damit zusammenhängenden Fragen in der Sitzung am 10. Januar zu erörtern und dann auch festzulegen, wer zu einer eventuellen Anhörung eingeladen werden solle. Sie gehe davon aus, daß diese Anhörung dann am 7. Februar stattfinden könne.

Abg. Dr. Klose (CDU) führt aus, eine Reihe von Stellungnahmen enthalte Nachdenkenswertes. Zum einen sei in ihnen die Frage der Kompetenz des Landes bzw. des Landesgesetzgebers angesprochen. Darauf könne man natürlich die weitere Behandlung des Antrags beschränken; dies hielte er jedoch im Hinblick auf die Aussagen, die viele Zuschriften zur weiteren Entwicklung der Juristenausbildung enthielten, nicht für ausreichend. Er meine deshalb, der Rechtsausschuß sollte versuchen, auch in den Bereichen, in denen der Bundesgesetzgeber zuständig sei, zu Ergebnissen zu kommen, damit diese in die bundespolitische Diskussion einfließen könnten. Die europäische Entwicklung werde auf diesem Gebiet erhebliche Folgen haben. Seines Erachtens werde es beim Bund doch eine gewisse Beachtung finden, wenn der Landtag Nordrhein-Westfalen sich hierzu äußere.

Um weiterzukommen, schläge er vor, heute zur Vorbereitung der Anhörung eine Kommission einzusetzen. Im Hinblick auf den zur Verfügung stehenden Zeitrahmen hielte er es für richtig, dieser Kommission auch die Auswahl der anzuhörenden Sachverständigen zu überantworten.

Abg. Klütsch (SPD) schließt sich dem Vorschlag an, eine Kommission einzurichten, die aus den Fraktionssprechern bestehe; vielleicht könne auch Abg. Diegel als Träger der Initiative darin